

Ingo Schmidt

---

## Von der Standortkonkurrenz zur internationalen Regulation?

### 1. Einleitung

Mitte der 70er Jahre ging in den kapitalistischen Metropolen eine anhaltende Phase stabilen Wachstums zu Ende. Der Fordismus geriet in eine Krise, an die Perspektiven einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung geknüpft wurden. Mittlerweile scheint die Krise zur Normalität geworden zu sein und fraglos haben gesellschaftliche Entwicklungen stattgefunden. Diese dürften aber weder den Erwartungen derer entsprechen, die von der Krise des Fordismus einen Übergang zum Sozialismus erhofften, noch ist es zur Restauration eines wohlfahrtsstaatlich unregulierten Laisser-faire-Kapitalismus gekommen. Vor allem eines hat sich nicht geändert: Politische Konzepte und Strategien werden mit dem Hinweis auf die Krisenhaftigkeit des bestehenden Institutionengefüges und dessen unzureichender Performance begründet. Dabei ist die Perspektive sozialistischer Systemtransformation weitgehend verschwunden, institutioneller Wandel soll zualterererst ein neues Wachstumsmodell schaffen.

Verschiedene Konzepte zur Etablierung solch eines Wachstumsmodells sollen im folgenden innerhalb des Rahmens der Regulationstheorie rekonstruiert werden. Vor diesem Hintergrund werden dann Möglichkeiten und Grenzen einer neuen Regulationsweise diskutiert. Neben den Bedingungen innerer Kohärenz geht es dabei insbesondere um die Frage, in welchem Verhältnis nationale und internationale Regulation stehen.

### 2. Der Ausgangspunkt: Kritik am Kapitalismus...

Verschiedene ökonomische Phänomene - steigende Staatsverschuldung, Massenarbeitslosigkeit und Inflation bei nachlassendem Wirtschaftswachstum - haben in den 70er Jahren Kritik am fordistischen Kapitalismus bzw. am keynesianischen Wohlfahrtsstaat provoziert. Seit jener Zeit sind die genannten Phänomene zu mehr oder minder ausgeprägten Dauererscheinungen geworden - der hierdurch ausgeübte institutionelle Anpassungsdruck hat sich jedoch als geringer erwiesen, als zu Beginn der Krise erwartet

worden war. Dennoch werden aktuelle Konzepte und Strategien der gesellschaftlichen Entwicklung im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus mit der Krisenhaftigkeit der bestehenden Regulationsweise begründet. Kapitalismus- und Sozialstaatskritik sind zwei grundsätzliche Ausgangspunkte zur Begründung dieser Krisenhaftigkeit und stellen zugleich die theoretische Grundlage für politische Lösungsansätze dar.

Analytischer Ausgangspunkt der - wesentlich am Marxismus orientierten - Kapitalismuskritik waren objektive Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, die vermittelt über die zentralen Akteure die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen: »...der stumme Zwang der Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter« - und führt zur ökonomischen Krise, die zugleich zur Systemkrise wird, in der die »geschulte, vereinte und organisierte Arbeiterklasse« die »Expropriateurs expropriert«. (MEW 23, 765, 791) Mehrere Streiks am Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre wurden in diesem Kontext als empirischer Beleg der einsetzenden Systemkrise sowie einer Rekonstruktion der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt gedeutet.

Abgesehen davon, daß der Kapitalismus mit dieser Systemkrise offenbar besser zurecht kommt als die Arbeiterklasse, weist die genannte Kritik drei theoretische Probleme auf: Erstens bleibt unklar, weshalb der »stumme Zwang der Verhältnisse«, der Fetischismus, der die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse als die einzig mögliche und daher natürliche Form gesellschaftlicher Organisation erscheinen läßt, in »Empörung der (...) Arbeiterklasse« umschlagen und damit die Krise zur praktischen Kritik führen soll. Wenn es dennoch dazu kommen sollte, besteht - zweitens - das Problem, daß aus der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise kein sozialistisches Projekt abgeleitet werden kann: Aussagegehalt und theoretische Reichweite der Kapitallogik gehen mit ihrem Gegenstand zugrunde und lassen die Arbeiterklasse vereint und organisiert, aber orientierungslos zurück. Drittens wurde die Rekonstruktion ausgerechnet von jener Blue-Collar-Arbeiterklasse erwartet, deren Auflösung mit der Krise des Fordismus begann. Damit scheinen theoretische und praktische Kapitalismuskritik zunächst gescheitert, wogegen die Kritik am keynesianischen Wohlfahrtsstaat nicht nur theoretische, sondern insbesondere praktische Bedeutung hat.

### **...und am Sozialstaat**

Der fordistische Sozialstaat stellt einen weiteren Ansatzpunkt der Kritik dar. Von zwei zentralen Thesen kann dabei ausgegangen werden: Erstens wird behauptet, daß die wohlfahrtsstaatliche Antwort auf die soziale Frage

- den Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital - eine »neue soziale Frage« aufgeworfen hat. An die Stelle des Klassengegensatzes sei ein Konflikt zwischen den organisierten Interessen von Unternehmen und Gewerkschaften auf der einen und den nicht-organisierten Interessen von Schülern, Rentnern und anderen nicht-erwerbstätigen Bevölkerungsschichten auf der anderen Seite getreten (Vobruba 1990, 12ff). Die behauptete Ablösung eines Klassen- durch einen Organisationskonflikt ist jedoch falsch, weil sich auch unter den »neuen Armen« Lohnabhängige finden, die unter prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Mit der Fähigkeit, spezielle Interessen, die an das fordistische Normalarbeitsverhältnis geknüpft sind, zu organisieren, nimmt der Klassengegensatz eine Form an, die für die soziale Kohärenz des Fordismus prägend ist, er wird dadurch aber nicht aufgehoben. Gleichwohl weist das Konzept der »Neuen Sozialen Frage« auf eine Schwachstelle lohnarbeitszentrierter Sozialpolitik hin: »Da die Sozialversicherung an den Lohnarbeiterstatus gekoppelt ist, sind diejenigen arm, denen es nicht gelingt, Lohnarbeiter zu werden bzw. zu bleiben.« (Krätke 1991, 132)

Der zweite Aspekt der Kritik geht von einer dem Sozialstaat eigenen Expansionsdynamik aus. Einerseits biete der Staat, um seine Legitimation zu gewährleisten, immer umfangreichere Sozialleistungen an und andererseits werde hierdurch eine Anspruchshaltung gefördert, die das Prinzip »Lohn gegen Leistung« untergrabe. Es kommt daher bei abnehmender Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu einer Ausdehnung des Sozialstaats, die zur Finanzkrise führen muß (Vobruba 1991, 78ff).

Die Ausgrenzung von Menschen, die dauerhaft keinen Zugang zu lohnabhängiger Beschäftigung finden und nicht über privates Vermögen verfügen, liefert die normative Begründung für einen Umbau des Sozialstaates, dessen eigentlicher Zweck darin besteht, durch Leistungskürzungen die Finanzkrise des Staates zu lösen. Unter diesem Aspekt geht es nicht um einen Um- sondern um einen Abbau des Sozialstaates. Allerdings ist mit der Ausgrenzung Nicht-Erwerbstätiger aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß auch ein qualitativer Aspekt verbunden: Durch die Schaffung eines »Niedriglohn-Arbeitsmarktes« (Scharpf 1993, 439) sollen das Beschäftigungsniveau erhöht und derzeit ausgegrenzte Personen gesellschaftlich integriert werden.

Die genannten Spielarten der Kritik zielen auf Kürzungen von Sozialleistungen und eine Verringerung des Lohnniveaus. Hinter diesem ökonomischen Ziel der Kostensenkung steht die weitergehende, gesellschaftspolitische Annahme, der Sozialstaat würde das Leistungsprinzip und damit eine wesentliche, normative Grundlage des Kapitalismus aushöhlen. Noch einen Schritt weiter geht die von sozialdemokratischen Theoretikern früherer

Tage angestellte Überlegung auf diese Weise, einen schrittweisen Übergang zum Sozialismus herbeizuführen: »Sozialpolitik sichert die kapitalistische Produktionsgrundlage vor den von der sozialen Bewegung drohenden Gefahren, indem sie der sozialen Forderung nachgibt; sie baut den Kapitalismus stückweise ab und rettet dadurch seinen jeweils verbleibenden Rest...« (Heimann 1929, 172) Obwohl diese Annahme ebenso unrealistisch erscheint, wie die Hoffnung auf eine Rekonstruktion der Arbeiterklasse, wird sie - vielfach unausgesprochen - dazu benutzt einen Um- oder Abbau des Sozialstaates zu rechtfertigen. Wie realistisch solche Umbaupläne sind oder ob es Alternativen zur Ablösung des »keynesianischen Wohlfahrts«- durch einen »schumpeterianischen Leistungsstaat« (Jessop 1992, 250ff) gibt, soll im folgenden Abschnitt untersucht werden.

### 3. Szenarien zur Krisenlösung

Die verschiedenen Krisendiskurse und die in ihnen angelegten Lösungsstrategien sollen nun innerhalb des theoretischen Kontextes der Regulationstheorie diskutiert werden. Diese Diskurse - so meine These - bezeichnen mögliche Ausgangspositionen der Konflikte um die Durchsetzung eines neuen hegemonialen Projektes. Als Alternativen bei der Systemintegration unterscheidet beispielsweise Esser eine »klassisch-moderne« und eine »schumpeterianische Variante« (Esser 1994).<sup>1</sup> Erstere geht davon aus, daß transnationale Unternehmen die konstituierenden Akteure eines »sich selbst regulierenden Triaden-Kapitalismus« sind, denen gegenüber den Nationalstaaten keine andere Wahl bleibt, als »sich in den globalen Wettbewerb um Produktionsstandorte hineinzugeben«. Von einer weltweiten Standortkonkurrenz geht auch die schumpeterianische Variante aus. Allerdings tritt an die Stelle der Selbststeuerung der Märkte eine »aktivgestaltende Rolle des Staates« in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Ausbildung, Bereitstellung von Infrastruktur und Steuerpolitik; der Zweck dieser Maßnahmen besteht darin - hier stimmen beide Varianten überein -, »Länder für die transnationalen Investitionsstrategien attraktiv zu machen.« Den beiden genannten Alternativen ist außer dem Zweck, die Krise durch eine stärkere Position am Weltmarkt zu überwinden, auch die Auffassung gemeinsam, derzufolge die Erfordernisse der Ökonomie der Politik Handlungsimperative setzt. Es bleibt dann zu klären, wie im einen oder anderen Fall die Sozialintegration zu gewährleisten ist.

---

1 Esser nennt noch eine dritte, systemtheoretische Position, die ich hier vernachlässige, weil sie weniger ein wirtschaftspolitisches Konzept als eine wissenschaftliche Methode darstellt und ihr konzeptioneller Gehalt - das Selbststeuerungsparadigma - mit der klassisch-modernen Position übereinstimmt.

Diese Frage beantwortet beispielsweise Deppe mit dem Hinweis auf drei derzeit denkbare Alternativen (Deppe 1994): Einer neoliberal-konservativen Richtung geht es um Mehrheiten für die endgültige Aufkündigung des keynesianischen Klassenkompromisses und eine offene Gesellschaftsspaltung. Gegenüber dieser auf Exklusion zielenden Vorstellung finden sich zwei Positionen, die eine neue Form des Kompromisses anstreben. Das sozialdemokratische Konzept sieht eine Kooperation derjenigen Fraktionen aus Staatsapparat, Unternehmern und Gewerkschaften vor, die eine exportorientierte Modernisierung anstreben. Als Drittes gibt es ein »Konzept strategischer Reformen«, deren Vertreter eine technologische Modernisierung nur für möglich und sinnvoll halten, wenn sie mit Sozialreformen und einer Demokratisierung der Wirtschaft verbunden wird.

Gesellschaftliche Stabilität erfordert aber neben Formen der System- und Sozialintegration insbesondere deren Kohärenz. Innerhalb der Regulationstheorie ist es möglich, diese Kohärenz am Verhältnis zwischen Akkumulationsregime, das die verschiedenen Arten der Systemintegration erfaßt, und institutionellen Formen sozialer Integration zu untersuchen. Sie bildet daher die Folie zur Diskussion der verschiedenen Entwicklungsalternativen. Die politische Auseinandersetzung über diese Alternativen findet vor allem im Rahmen der Standortdebatte statt. Wenn auch keines der Argumente in dieser Debatte neu ist - tatsächlich sind sie in der einen oder anderen Form immer wieder seit Beginn der Krise des Fordismus aufgetaucht -, so besteht die Besonderheit der aktuellen Kontroversen darin, daß sich verschiedene Krisendiskurse in der Standortdebatte zu einem einzigen Diskurs verdichten. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß derzeit nicht Veränderungen einzelner institutioneller Formen innerhalb einer etablierten Regulationsweise anstehen, sondern die Herausbildung einer neuen Regulationsweise insgesamt.

Die Verdichtung zu einem einheitlichen, die gesamte bestehende Regulationsweise erfassenden Krisendiskurs wurde möglich, weil die kapitalistischen Metropolen nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu »feindlosen Staaten« wurden. Es kommt damit zu einer »Renaissance des Politischen« (Beck 1993), die zwar seit Eintritt der Krise des Fordismus nötig gewesen wäre und sich auch in den eingangs dargestellten Varianten der Kapitalismus- bzw. Sozialstaatskritik angedeutet hat, die aber durch die Ost-West-Konfrontation blockiert war, weil institutioneller Wandel, egal in welcher Form, zumindest vorübergehend mit gesellschaftlicher Instabilität verbunden gewesen wäre, die als mögliche Schwächung gegenüber dem Realsozialismus verstanden und daher vermieden wurde. Ob diese Annahme begründet war, sei dahingestellt und ist auch unerheblich. Jedenfalls ist mit dem Ende der Systemkonfrontation eine Situation entstanden, in der

Akteure mit unterschiedlichen oder gegensätzlichen Interessen und Zielsetzungen theoretisch darin übereinstimmen, daß eine Krisenlösung nicht innerhalb bestehender, sondern nur durch Schaffung neuer institutioneller Formen gefunden werden kann, die dann auch die systemische Stabilisierung eines neuen Akkumulationsregimes ermöglichen. Vor allem aber gibt es außer der theoretischen Übereinstimmung auch praktische Bemühungen, den bislang blockierten Übergang zum Postfordismus herbeizuführen.

Im folgenden werden drei verschiedene Strategien zur Krisenüberwindung dargestellt, denen zugleich verschiedene Regulationsweisen entsprechen. Dabei wird sich zeigen, daß es außer der äußeren, vom Ost-West-Gegensatz bestimmten Blockade einer Krisenlösung auch innere, dem Fordismus selbst entspringende Gründe gibt, die eine Ablösung durch ein postfordistisches Akkumulationsregime bisher behinderten und auch in Zukunft als unsicher erscheinen lassen.

### *Konservativ-liberales Deflationsszenario*

Charakteristisch für dieses Szenario ist zunächst die vollständige Unterordnung der Politik unter ökonomische Sachzwänge, und in diesem Sinne ist es als liberal zu bezeichnen<sup>2</sup>; konservativ ist es, weil eine Gesellschaftsspaltung als notwendige Anpassung an ökonomisch verringerte Verteilungsspielräume betrachtet wird. Das Neue an diesem Szenario ist also weniger die Konzipierung neuer institutioneller Formen, sondern vielmehr der Versuch, Teile der Bevölkerung von der Regulation innerhalb der gegebenen Formen auszuschließen (Nissen 1990, 237ff).

Ausgangspunkt für die Begründung ökonomischer Sachzwänge ist die Zunahme der öffentlichen Verschuldung, die eine von der Akkumulation und damit von den Steuereinnahmen unabhängige, die Einnahmen übersteigende Eigendynamik entwickelt habe und so die Dispositionsspielräume staatlicher Fiskalpolitik immer mehr einengen würde. Diese Entwicklung sei durch den Versuch ausgelöst und vorangetrieben, die Einkommensansprüche verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sozialstaatlich zu regulieren, den Verteilungskampf also durch schuldenfinanzierte Einkommenserhöhungen zu entschärfen. Um die Verschuldung zu verringern, bedürfte es einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik<sup>3</sup>, die zunächst negative Folgen

2 Ein Primat der Ökonomie gegenüber der Politik zu behaupten, scheint der These einer Renaissance des Politischen zu widersprechen. Richtig ist, daß die konservativ-liberale Krisenlösung eine Rücknahme institutioneller Regulierungen vorsieht, um Marktkräfte ungehindert wirken zu lassen - diese Rücknahme ist aber selbst ein politischer Akt.

3 Diese Argumentation unterstellt den Notenbanken, sie könnten mithilfe ihres Instrumentariums das Zinsniveau auf Geld- und Kapitalmärkten bestimmen. Gegen diese Annahme kann aber eingewandt werden daß den Notenbanken infolge der Deregulierung dieser

für Produktion und Beschäftigung hätte, weil einerseits steigende Zinsen die Zahl rentabler Investitionsobjekte verringert und andererseits mit verringerten Staatsausgaben das Nachfrageniveau insgesamt sinkt. Restriktive Politik, die als Reaktion auf eine Schuldeninflation durchgeführt wird, bewirkt daher eine Deflation, bei der die Profite angebotsseitig durch ein höheres Zinsniveau und nachfrageseitig durch geringere Umsätze beschnitten werden.

Um dennoch rentabel produzieren zu können, so die Folgerung, müßten die Kosten gesenkt werden. Bezüglich der Löhne wird gefordert, daß deren Anstieg »im Durchschnitt unter dem mittelfristigen Produktivitätsfortschritt bleibt« (SVR 93/94, Ziffer 350). Außerdem sollen die Lohnnebenkosten beschränkt werden (ebd., Ziffer 369), was in der Konsequenz zu verringerten Sozialleistungen führt. Neben dem Lohnniveau, das insgesamt gesenkt werden soll, wird eine Differenzierung der Löhne gefordert, die über Deregulierungen des Arbeitsmarktes eine Anpassung an die Produktivität ermöglichen soll. Dadurch kommt es zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes in einen humankapitalintensiven und sehr produktiven Hochlohn- und einen arbeitsintensiven Niedriglohnsektor mit geringer Produktivität. Weil ersterer monopolistisch und letzterer kompetitiv reguliert wird, könne auch das am Normalarbeitsverhältnis orientierte Sozialversicherungssystem (Vobruba 1990) nicht beibehalten werden. An seine Stelle soll daher eine - durch Sozialhilfe bzw. Grundrente - gewährleistete Mindestsicherung treten, die durch private Versicherungsleistungen ergänzt werden kann. Da nur Beschäftigte des monopolistisch regulierten Sektors über ausreichende Einkommen zum Abschluß entsprechender Versicherungen verfügen dürften, reproduziert sich die Spaltung des Arbeitsmarktes in der Sozialpolitik. Im Bereich der Unternehmensorganisation dürfte die Trennung zwischen einem tarifvertraglich gesicherten, monopolistisch regulierten und einem kompetitiv, nur durch gesetzliche Mindeststandards regulierten Sektor zu einer vertikalen Desintegration führen, so daß nicht nur das Lohn-, sondern auch das Konkurrenzverhältnis unterschiedlichen Regulationsweisen unterliegt. Dabei kann der monopolistische Hochlohnsektor Kostendruck nicht nur an die Beschäftigten dieses Sektors, sondern auch durch eine monopolistische Preispolitik an den Niedriglohnsektor weitergeben.<sup>4</sup>

Das Deflationsszenario geht von einer Sozialstaatskritik aus, wonach die Krise seit den 70er Jahren durch staatliche Intervention verursacht sei und

---

Märkte nichts anderes übrig bleibt als der Versuch, den Wert ihrer Währungen gegen exogen gegebene Finanzspekulationen zu verteidigen.

4 Als Beispiel für eine solche Entwicklung sei auf die Konflikte zwischen Automobilfabrikanten und ihren Zulieferern verwiesen.

unterstellt die immanente Stabilität einer selbstgesteuerten Marktökonomie. Diese wird mit dem Say'schen Gesetz begründet, nach dem jedes Angebot seine eigene Nachfrage schaffe. Praktisch scheinen aber Zweifel an der Gültigkeit dieses Gesetzes zu bestehen; das zunehmende inländische Angebot soll deshalb im Ausland Absatz finden. Eine solche exportorientierte Modernisierung, wenn sie nicht nur von einzelnen, sondern einer größeren Zahl der kapitalistischen Metropolen angestrebt wird, führt aber dazu, daß der inländische Verdrängungswettbewerb über die Grenzen hinausgetragen und im internationalen Rahmen fortgesetzt wird. Um den Unternehmen der Triade Nordamerika-Westeuropa-Japan wenigstens einen Mindestabsatz zu sichern, könnte versucht werden, die internationale Konkurrenz durch protektionistische Blockbildung zu beschränken (Huffs Schmid 1994c).<sup>5</sup> Das globale Nachfrageniveau wird hierdurch freilich nicht erhöht, Protektionismus ist daher keine Alternative zum internationalen Verdrängungswettbewerb, sondern ein Teil desselben.

#### *Schumpeterianisches Modernisierungsszenario*

Theoretisch führt das konservativ-liberale Szenario über den Freihandel, der auf unterschiedlichen Faktorausstattungen oder Produktivitätsdifferenzialen und somit komparativen Kostenvorteilen der Handel treibenden Länder beruht, zur Maximierung der Weltwohlfahrt. Gegenüber den wirklichkeitsfremden Annahmen dieses Szenarios geht das schumpeterianische Konzept zur Krisenüberwindung von der Existenz steigender Skalenerträge aus und ist damit in der Lage, den steigenden Anteil des intra-industriellen Handels am gesamten Welthandel zu erklären. Wird die Existenz steigender Skalenerträge anerkannt, ist die Annahme polypolistischer Marktpreisbildung, die der liberalen Außenhandelstheorie entspricht, nicht aufrechtzuerhalten. An die Stelle der Wohlfahrtsmaximierung, die durch eigennütziges Verhalten bei vollständiger Konkurrenz bewirkt wird, tritt die Möglichkeit, mit oligopolistischer Preissetzung die Wohlfahrt eines Unternehmens oder einer Nation auf Kosten anderer zu erhöhen und dies ist die Grundlage des internationalen Verdrängungswettbewerbs. Besteht aber die Aussicht, die eigene Wohlfahrt zu Lasten anderer zu erhöhen, so liegt der Versuch nahe, die ökonomischen Methoden oligopolistischen Preiswettbewerbs politisch zu unterstützen. Dies ist der Kern der »strategischen Industrie- und Handelspolitik« (Krugman 1990), mit der die im klassisch-

---

5 Die Widersprüche zwischen Protektionismus und Globalisierungstendenzen der Produktion (Reich 1993) werden erst später diskutiert, weil das Problem der Nachfrageregulation im internationalen Rahmen für alle Szenarien der Krisenüberwindung ein entscheidendes Problem darstellt.



liberalen Szenario implizit angelegte Deflation zu einem aktiven Verdrängungswettbewerb<sup>6</sup> wird. Der industriepolitische Aspekt des schumpeterianischen Szenarios besteht in der staatlichen Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Bereitstellung moderner Infrastruktur. Hierdurch sollen Produkt- und Prozeßinnovationen ermöglicht werden, die angesichts hoher Entwicklungskosten und dem Risiko erfolgloser Markteinführung von privater Unternehmerinitiative nicht zu erwarten, im internationalen (Nicht-Preis-) Wettbewerb aber wichtig sind, weil ohne sie der Anteil einer Nation am Welthandelsvolumen und - bei fehlenden Substitutionsmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt - die Beschäftigung sinken würde.

Der handelspolitische Aspekt besteht in der Schaffung ausreichend großer Märkte, um die Skalenerträge, die durch Innovationen ermöglicht werden, realisieren zu können. Diesem Zweck dienen zunächst Importbeschränkungen, weil ein großer Binnenmarkt für Waren mit degressivem Kostenverlauf - der für Innovationen typisch und umso ausgeprägter ist, je höher der Anteil der Entwicklungskosten an den Gesamtkosten liegt - den späteren Export fördert. (Krugman 1990, 185ff) Zusätzlich sind natürlich auch direkte Maßnahmen zur Exportförderung möglich (Nowak-Lehmann 1994).

Strategische Industrie- und Handelspolitik führt zu einer fiskalpolitischen Förderung und Steuerung des Modernisierungsprozesses, die im Bereich des Lohnverhältnisses durch eine den Innovationserfordernissen entsprechende, selektive Qualifizierung der Arbeitskraft ergänzt werden muß.

Träger dieses Szenarios soll ein korporatistischer Block sein, der aus exportorientierten High-Tech-Unternehmen, den qualifizierten Beschäftigten dieses Sektors samt den sie vertretenden Gewerkschaften und denjenigen staatlichen Institutionen, die den Innovationsprozeß industrie- und handelspolitisch unterstützen. Wie im konservativ-liberalen Szenario geht auch hier die Hegemonie vom monopolistisch regulierten Sektor der Gesellschaft aus. Im Unterschied zu jenem wird die monopolistische Regulatorweise im schumpeterianischen Szenario aber nicht als nicht-intendiertes und unerwünschtes Resultat der Marktvergesellschaftung angesehen, sondern als eine Voraussetzung, um in der internationalen Standortkonkurrenz bestehen zu können.

---

6 Alle Formen angebotsseitigen Wettbewerbs, die keine Möglichkeit der Nachfrageregulation andeuten, bezeichne ich hier als Verdrängungswettbewerb im Unterschied zu einem Wachstumswettbewerb, der von steigender effektiver Nachfrage abhängt.

*Reformistisches Modernisierungsszenario*

Mit dem schumpeterianischen teilt dieses Szenario neben dem Ziel der industrie- und handelspolitisch geförderten Modernisierung des Produktionsprozesses auch den Korporatismus von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften. Es gibt aber auch Unterschiede: Zum einen wird das Problem der makroökonomischen Regulation im nationalen (Kromphardt 1993, Nolte, Schaaff 1994) und internationalen (Hankel 1992, Hickel, Prieue 1994, Kapitel 5) Rahmen ausdrücklich behandelt und zum anderen wird über die systemische Modernisierung hinausgehend auf zwei Ebenen ein Zusammenhang zur Entwicklung der Moderne hergestellt und damit auch nach neuen Formen der Sozialintegration gesucht. In Fortführung des Sozialstaatsprojekts wird eine Einkommensumverteilung zugunsten von Löhnen und sozialen Transfereinkommen gefordert. Neben diesem quantitativen gibt es auch einen qualitativen Aspekt, der auf zunehmende Partizipation und damit Demokratisierung abzielt.<sup>7</sup> Dies gilt zunächst auf der Mikroebene, auf der »neue Produktionskonzepte« (Schumann u.a. 1994, Wolf 1994) anknüpfend an die Konzepte zur »Humanisierung der Arbeit« aus den 70er Jahren gleichermaßen zu steigender Partizipation und Autonomie der Beschäftigten wie zu steigender Arbeitsproduktivität führen sollen. Darüber hinaus soll eine »Demokratisierung der Unternehmensstruktur und -organisation«, allgemein also eine Ausweitung der »zivilgesellschaftlichen Sphäre« gegenüber staatlichen Institutionen stattfinden (Krüger 1992, 93f). Auf diese Weise soll das etatistische Konzept des fordistischen Sozialstaates zivilgesellschaftlich modernisiert werden; die damit verbundene Demokratisierung ist im Sinne der Systemintegration als Produktivkraft und im Sinne der Sozialintegration als Quelle von Hegemonie zu verstehen.

Institutionell sieht das reformistische Szenario regionale Unternehmensnetzwerke vor, die mit Gewerkschaften sowie staatlichen Instanzen und nicht-staatlichen Organisationen auf horizontaler Ebene kooperieren. Innerbetrieblich soll zwischen »requalifizierter Arbeitskraft« und Management ein »Produktivitätspakt« (Schumann u.a. 1994) geschlossen werden, dessen negative Beschäftigungswirkungen durch kürzere Arbeitszeiten (Seifert 1994) und eine Ausweitung des öffentlichen Sektors (Hickel,

---

7 Demokratisierung setzt autonome Handlungsspielräume der Akteure voraus; dies könnte als Widerspruch zu meiner These verstanden werden, auch im reformistischen Szenario gäbe es eine korporatistische Regulationsweise. Lipietz beispielsweise sieht Korporatismus und Autonomie als einander ausschließende Gegensätze an (Lipietz 1992, 199). Da die Interessenartikulation aber im Rahmen eines von allen Akteuren geteilten Zielsystems stattfindet, würde ich von begrenzter Autonomie innerhalb des Korporatismus sprechen; begrenzt deshalb, weil die Artikulation antagonistischer Interessen ausgeschlossen ist.

## Konfigurationsmatrix

	<b>Lohnverhältnis</b>	<b>Geldverhältnis</b>	<b>Konkurrenzverhältnis</b>	<b>internationales Regime</b>
<b>konservativ- liberales Deflations- szenario (a)</b>	Lohndifferenzierung ----- monopolistischer Sektor      kompetitiver Sektor humankapitalintensiv      arbeitsintensiv private, betriebliche, tarif-      ..... liche Sozialleistungen staatliche Grundsicherung      staatliche Grundsicherung ----- Sozialpolitik	restriktive Geld- und Fiskalpolitik	vertikale Desintegration ----- monopolistischer Sektor      kompetitiver Sektor High-Tech-Industrien      Zulieferbetriebe ----- Verdrängungswettbewerb	Freihandel Deregulierung der Kapitalmärkte ----- Verdrängungswettbewerb (Beggars-my-neighbor-policy) führt zur Bildung von Handelsblöcken
<b>schumpeter- ianisches Modernisierung- szenario (b)</b>	vgl. (a) selektive Qualifizierung ----- Korporatismus im monopolistischen Sektor	fiskalpolitische Förderung und Steuerung der Modernisierung: strategische Industrie- politik	vgl. (a) Korporatismus im monopolistischen Sektor ----- temporäre Monopole infolge von Produkt-/Prozeßinnovationen	strategische Handelspolitik ----- Ablösung der Konkurrenz in der Triade durch einen hegemonialen Handelsblock
<b>reformistisches Modernisierung- szenario (c)</b>	partizipativer Korporatismus privater Sektor      öffentlicher Sektor ----- Produktivitäts- pakt      ..... ----- keynesianische Sozialpolitik	vgl. (b) keynesianische Nach- fragepolitik ----- Markterweiterung durch Makroregulation	partizipativer Korporatismus ----- regionale Unternehmensnetzwerke ----- horizontale Kooperation	strategische Handelspolitik internationale Kooperation zur Regulierung von Güter- und Kapitalmärkten ----- Markterweiterung durch Makroregulation

Grafik

Priewe 1994) - beispielsweise durch Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes (Wagner 1994) - kompensiert werden sollen.

#### 4. Hegemoniales Projekt und Akkumulationsregime

Anhand der institutionellen Formen Lohn-, Geld-, Konkurrenzverhältnis und internationales Regime können konkrete Modi der System- und Sozialintegration dargestellt werden. Institutionelle Formen stellen handlungsleitende Kompromisse zwischen Akteuren mit konfligierenden Interessen dar. Mit der Herausbildung eines Kompromisses, der in je besonderen institutionellen Formen Gestalt annimmt, ist zugleich ein Moment der Sozialintegration verbunden. Ob diese zunächst isolierten Momente sich zu einer kohärenten Regulationsweise zusammenfügen, hängt davon ab, ob sich die Grundstrukturen kapitalistischer Produktionsweisen innerhalb und durch die jeweiligen institutionellen Formen reproduzieren lassen. Bezogen auf ein Akkumulationsregime sind institutionelle Formen vermittelnde Instanzen der Systemintegration.

In der nebenstehenden Matrix (siehe Abb.) sind die verschiedenen Szenarien zur Krisenlösung anhand ihrer je besonderen Konfiguration institutioneller Formen dargestellt. Um eine Regulationsweise hervorzubringen und zu stabilisieren, muß eine solche Konfiguration einerseits ein hegemoniales Projekt beinhalten und sie muß andererseits die Akkumulation von Kapital gewährleisten.

Werden die genannten Szenarien zur Krisenüberwindung als Modi der Interessenartikulation verschiedener gesellschaftlicher Kräfte aufgefaßt und wird zudem davon ausgegangen, daß diese Kräfte ihre Interessen innerhalb eines einheitlichen Krisendiskurses formulieren und durchsetzen müssen, richtet sich die Frage nach einem hegemonialen Projekt weniger an die einzelnen Szenarien als an die sozialen Konflikte, die in diesem Diskurs ihren Ausdruck finden.

Die Konflikte um die Etablierung eines neuen Akkumulationsregimes sind nicht beliebig; in den genannten Szenarien zeichnet sich vielmehr der Rahmen ab, innerhalb dessen Lösungen gesucht und gefunden werden können. Liest man die Ausprägungen, die die institutionellen Formen in den drei Szenarien annehmen, in vertikaler Richtung, läßt sich hieraus ein möglicher Pfad von der aktuellen Krise zur systemischen und sozialen Reintegration erkennen. Sein Ausgangspunkt ist die Desintegration, die mit der Krise der fordistischen Regulationsweise gegeben ist. Sie wird im konservativ-liberalen Szenario als notwendiges Durchgangsstadium für die weitere Entwicklung, als eine »Stabilisierungskrise« angesehen.<sup>8</sup> Einen

8 Deutlich wird dies an den Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Die Notwendigkeit

Schritt in Richtung Reintegration stellt das schumpeterianische Szenario dar, weil das Problem der Regulation hierin ernstgenommen und nicht mit dem Verweis auf eine vermeintliche Selbststeuerung deregulierter Märkte abgetan wird. Statt dessen werden mit einem Korporatismus von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften sowie strategischer Industrie- und Handelspolitik zumindest angebotsseitige Konturen einer postfordistischen Regulationsweise konzipiert.

Diese Regulation zielt auf Systemintegration, weil die Modernisierung des Produktionsprozesses über eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Profitrate die Akkumulationsbedingungen verbessert. Die korporatistische Durchsetzung der Modernisierung stellt zugleich eine Form der Sozialintegration dar. Hiervon sind allerdings nur die Modernisierungsgewinner des monopolistisch regulierten Sektors betroffen, nicht aber die Verlierer, die entweder unter prekären Arbeitsverhältnissen im kompetitiven Sektor arbeiten oder ganz aus dem Produktionsprozeß herausfallen.

Eine erfolgreiche Systemintegration erfordert aber neben der angebotsseitigen Modernisierung auch eine Regulation der Nachfrageseite, ohne die der Modernisierungsprozeß infolge fehlenden Absatzes blockiert wird. Dieses Problem sowie der Versuch, die Modernisierungsanstrengungen sozialintegrativ in eine neue Regulationsweise einzubeziehen, findet im reformistischen Szenario Berücksichtigung.

Der Entstehungsprozeß einer neuen Regulationsweise kann in der beschriebenen Weise ablaufen, muß es aber nicht. Es ist ebenfalls denkbar, daß sich die Akteure mit ihren konfligierenden Interessen gegenseitig blockieren und jegliche Entwicklung behindern. Sollte sich eine neue Regulationsweise auf dem Weg durchsetzen, den ich zu skizzieren versucht habe, so ist festzuhalten, daß die Etappen von der sozialen und systemischen Des- zur Reintegration keine zeitlichen, sondern logische Entwicklungsstufen darstellen. Zwischen den verschiedenen institutionellen Formen bzw. ihrem Übergang zu einer neuen Regulationsweise kann es demnach Ungleichzeitigkeiten geben und es besteht keine Notwendigkeit, daß alle Institutionen jene Form annehmen, die ihnen vom reformistischen Modernisierungsszenario zugeschrieben werden - auch nicht am Ende des Entstehungsprozesses einer postfordistischen Regulationsweise. Daß es einen Spielraum alternativer Konfigurationen gibt, die alle eine kohärente Regulation ermöglichen, zeigt sich an der Tatsache, daß die Konflikte zwi-

---

einer Stabilisierungskrise wird dort seit 1972 vertreten. Im Jahresgutachten 1973 heißt es z. B.: »Wir sehen auch keine Alternative zu dem Weg, der durch die Phase hindurchführt, in der die Unternehmen (...) auf die Restriktionspolitik zunächst vor allem mit Produktionseinschränkungen und noch kaum mit Verzicht auf Preiserhöhungen reagieren werden.« (SVR 1973/74, Ziffer 320)

schen den genannten Szenarien nicht durch unüberschreitbare Grenzen, sondern durch teilbare Übergänge (Hirschman 1994) gekennzeichnet sind. So ist es durchaus möglich, den arbeitsintensiven und kompetitiven Sektor des konservativen Szenarios öffentlich zu regulieren und damit reformistische Vorstellungen aufzunehmen. Das Einkommensniveau dieses Sektors gegenüber dem monopolistisch regulierten ist dann politisch aushandelbar. Ähnliches gilt für die Regulation des Geldverhältnisses. Zwar betont das konservative Szenario mit der Forderung nach restriktiver Fiskalpolitik dessen Niveauaspekt; aber jedes fiskalische Einnahmen-/Ausgabenniveau hat zugleich einen Strukturaspekt, der Raum für politische Lenkung gibt. Umgekehrt wird im reformistischen Szenario eine steigende Zinslastquote, die sich aus expansiver Fiskalpolitik ergeben mag, als Gefährdung industriepolitischer Spielräume angesehen. Und schließlich kann der Gegensatz zwischen konservativem Verdrängungswettbewerb und reformistischer - genauer: keynesianischer - Markterweiterung im Kontext des gegenwärtigen sektoralen Strukturwandels aufgelöst werden. Danach würde der Verdrängungswettbewerb kontrahierende, und die Markterweiterung expandierende Sektoren betreffen; um eine Zunahme des Gesamtniveaus der Akkumulation zu erreichen, ist ohnedies eine Förderung der prosperierenden Sektoren nötig, deren Angebot durch niedrige Preis- und hohe Einkommenselastizitäten gekennzeichnet ist.

Den genannten Konflikten um Veränderungen der gegebenen Regulationsweise ist gemeinsam, daß sie - egal welche institutionelle Form und welches Szenario zur Krisenlösung sie betreffen - dem Ziel untergeordnet sind, die Akkumulation langfristig wieder zu ermöglichen. Eine Phase anhaltender Akkumulation auf Grundlage eines modernisierten Produktionsprozesses und erweiterter Märkte<sup>9</sup>, soll also die Systemintegration herstellen. Ein anhaltender Akkumulationsprozeß, der nicht auf den Investitionsgütersektor beschränkt ist, sondern über steigende Reallöhne auch eine Akkumulation im Konsumgütersektor ermöglicht, stellt zugleich einen Weg zur Sozialintegration dar.

Der - mögliche - Übergang zu einem postfordistischen Akkumulationsregime erscheint dann als historische Parallele zur Entstehung des Fordismus: Soziale Konflikte, die von einer Modernisierung des Produktionsprozesses ausgelöst werden, führen zu einer Regulationsweise, die über Markterweiterung die Systemintegration und über ein hegemoniales Pro-

---

9 Oben habe ich argumentiert, das konservativ-liberale Szenario werde zu Deflation führen; seinen eigenen theoretischen Annahmen entsprechend, vor allem derjenigen, daß sich auf deregulierten Märkten jedes Angebot seine Nachfrage schafft, kommt es aber auch in diesem Fall zu einer Vollausslastung der Kapazitäten und damit auch zu einem Wachstumsprozeß, der die gegenwärtige Krise ablöst.

jekt die Sozialintegration sichert. Im Fordismus war Hegemonie materiell über den keynesianischen Sozialstaat abgesichert, der der industriellen Reservearmee - auf niedrigeren Niveau freilich - die gleichen Konsumnormen ermöglichte wie den Beschäftigten. Angesichts der Differenzierungen im Produktionsprozeß, die mit der Auflösung des Taylorismus verbunden sind und zu Modernisierungsgewinnern und -verlierern geführt haben, erscheint es zweifelhaft, ob ein postfordistisches Akkumulationsregime den selben Grad sozialer Kohärenz erreichen kann wie der Fordismus. Ein Grund für diese Zweifel besteht darin, daß die arbeitsorganisatorischen und produktseitigen Differenzierungen im Produktionsprozeß mit Entwicklungen korrespondieren, die die Massenkonnsumnorm des Fordismus nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ in verschiedene Richtungen auflöst. Hegemonie im Postfordismus muß daher auf pluralen Konsumnormen begründet sein.

## **5. Grenzen der nationalen Regulation**

Die Auseinandersetzungen um eine neue Regulationsweise werden nicht nur durch nationale, sondern auch durch internationale Bedingungen bestimmt. Daher sind die verschiedenen Szenarien zur Krisenüberwindung darauf zu prüfen, ob sie den Sachzwängen des Weltmarktes genügen oder diese zu ändern vermögen. Der interne Konflikt um eine neue Regulationsweise korrespondiert mit Konflikten um die Ausgestaltung des internationalen Regimes. Dem konservativ-liberalen Deflationsszenario entspricht theoretisch ein Freihandelssystem, das bei gegebenen Ressourcen zur Maximierung der Weltwohlfahrt führt und infolge ausgeglichener Leistungsbilanzen stabile internationale Beziehungen zuläßt. Praktisch stellen Kostensenkungen und restriktive Wirtschaftspolitik jedoch den Versuch dar, einerseits einen möglichst großen Teil der weltweiten Mehrwertproduktion auf sich zu ziehen (Holloway 1993) und andererseits durch Erzielung von Leistungsbilanzüberschüssen die fehlende Inlandsnachfrage auszugleichen (Memorandum 1994, 128ff). Die Konkurrenz um Produktionsbedingungen und Weltmarktanteile konstituiert also »Wettbewerbsstaaten« (Altwater 1994; Hirsch 1994), deren Beziehungen untereinander nicht durch Kooperation, sondern durch Konflikt geprägt sind. Deregulierte internationale Geld- und Kapitalmärkte bedrohen jede expansive Wirtschaftspolitik im nationalen Rahmen mit Kapitalflucht, Abwertung und Inflation und erzwingen so einen zwischenstaatlichen Stabilitätswettbewerb. Neben der Währungskonkurrenz, die einen Primat der Geldwertstabilität gegenüber Fiskal- und Beschäftigungspolitik setzt (Herr 1992; Thomasberger 1993), gibt es einen Wettbewerb um Weltmarktanteile, der insgesamt aber ein

Nullsummenspiel darstellt, weil der Weltmarkt nichts als die Summe der nationalen Märkte darstellt und es daher durch merkantilistische Strategien zur Erzielung von Leistungsbilanzüberschüssen kein globales Wachstum geben kann. Um Leistungsbilanzdefizite zu verhindern und wirtschaftspolitischen Spielraum zu gewinnen, könnte das Deflationsszenario entgegen seiner freihändlerischen Zielsetzung zu nationalem Protektionismus oder der Bildung regionaler Währungs- und Handelsblöcke führen, die nach innen einen hohen Integrationsgrad aufweisen, untereinander aber nur gering verflochten sind.

Hier schließt sich die Frage an, ob die stagnative Tendenz des Deflationsszenarios und dessen mögliches Resultat einer regionalen Blockbildung eine Modernisierung be- oder sogar verhindert, die durch Prozeßinnovationen Kosten senkt und zusätzlich durch Produktinnovationen neue Märkte schaffen soll.

Die internationale Währungskonkurrenz ist kein Argument gegen die schumpeterianische Modernisierung, weil Nachfrage auf neuen Märkten keine kreditfinanzierte Nachfragepolitik erfordert, die über Inflation zu Abwertungsdruck führen könnte. Von Bedeutung ist hier etwas anderes, nämlich die Frage, ob sich die Modernisierung innerhalb der Triade vollzieht oder - neben protektionistischer Politik - selbst zur Herausbildung regionaler Blöcke innerhalb der Triade beiträgt. Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, wo die Regulation von Lohn- und Konkurrenzverhältnissen lokal verortet werden kann, ob institutionelle Formen also auf globaler, multinationaler oder regionaler Ebene verankert sind. Die Zunahme strategischer Allianzen (Narr; Schubert 1994) und globaler Unternehmensnetzwerke (Reich 1993) spricht für die These einer Triadisierung des korporatistisch regulierten monopolistischen Sektors, während der kompetitive Sektor der Zulieferindustrien und arbeitsintensiver Dienstleistungen regional beschränkt bleibt (Altvater, Mahnkopf 1993, Kap. V.1). Der Triadisierung des monopolistischen Sektors entspricht demzufolge die Regionalisierung des kompetitiven Sektors.

Wenn diese These stimmt, ist folgendes zu beachten. Die transnationalen Unternehmen des monopolistischen Sektors können die Standortkonkurrenz der Nationalstaaten für sich ausnutzen und dadurch Ressourcen mobilisieren, die ihnen die korporatistische Regulation des Lohnverhältnisses erlaubt. Diese Möglichkeit besteht für die Unternehmen des kompetitiven Sektors nicht, mehr noch: diese sind der internationalen Standortkonkurrenz unterworfen und werden dadurch zur Kostenkonkurrenz gezwungen. Deflations- und schumpeterianisches Modernisierungsszenario können deshalb in folgender Weise eine Verbindung eingehen: Die regional agierenden Unternehmen des kompetitiven Sektors verfolgen eine Strategie der



Kostenkonkurrenz, während die transnationalen Unternehmen einen Innovationswettbewerb betreiben.

Die dargestellte Verbindung von Kosten- und Innovationskonkurrenz weist jedoch eine Schwäche auf: Zwar entstehen durch Produktinnovationen neue Märkte, die zudem einen positiven Multiplikatoreffekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben können, gleichzeitig führt die Kostenkonkurrenz aber zur Entstehung und Stabilisierung eines kompetitiven Niedriglohnssektors, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage schwächt.<sup>10</sup> Somit mag es unter den Bedingungen internationaler Währungskonkurrenz wohl zur Durchsetzung von Prozeß- und Produktinnovationen kommen, die die fordistische Produktionsnorm ablösen, die Herausbildung eines postfordistischen Akkumulationsregimes scheitert aber daran, daß eine neue Konsumnorm wohl partiell entstehen, aber nicht verallgemeinert werden kann. Der möglichen Verallgemeinerung einer postfordistischen Produktionsnorm innerhalb der Triade stehen demnach die Pluralisierung der Konsumnormen und selektive - über die Einkommensdifferenzierung bewirkte - Zugänge zu einem quantitativ erweiterten und qualitativ differenzierten Warenangebot entgegen.

Der Durchsetzung eines neuen Akkumulationsregimes steht also nicht eine produktionsseitige Blockbildung entgegen, sondern nachfrageseitige Hindernisse. Neben dem genannten Problem der Entstehung einer postfordistischen Konsumnorm zählt hierzu die Existenz mehrerer Währungsblöcke bzw. eines Multiwährungsstandards aus Dollar, Deutscher Mark und Yen. Trotz Modernisierung kann sich daher die stagnative Tendenz des Deflationsszenarios durchsetzen:

»Ein solches Währungssystem kann die Gruppe der Länder, die an der Spitze der Währungshierarchie stehen, in ein merkantilistisches Nullsummenspiel um Leistungsbilanzüberschüsse hineinziehen, da Leistungsbilanzüberschüsse in der beschriebenen Konstellation zu einem wichtigen Mittel des Aufbaus und Erhalts der Vermögenssicherungsqualität des nationalen Geldes werden.« (Herr 1992, 266)

Es gibt zwei Möglichkeiten, um die monetäre Wachstumsblockade eines Multiwährungsstandards zu durchbrechen: Die Hegemonie eines Landes, dessen Währung dann als Weltgeld dient oder eine internationale Kooperation, die ein von nationaler Hegemonie unabhängiges Weltgeld schafft. In beiden Fällen wird eine Phase anhaltenden Wachstums - und damit die Verallgemeinerung einer neuen Konsumnorm - ermöglicht, weil eine Nachfrageexpansion in Einheiten des Weltgeldes nicht zu Vermögensum-

---

10 Dieser dämpfende Effekt beruht nicht nur auf den niedrigen Löhnen dieses Sektors, sondern ebenso auf dessen - im Vergleich zum monopolistischen Sektor - geringer Investitionsgüternachfrage, da hier arbeitsintensive Dienstleistungen bzw. standardisierte Produktionsverfahren mit alten - und daher billigen - Technologien vorherrschen.

schichtungen in andere Währungen führt und dadurch eine Rückkehr zu einer restriktiven Politik erzwingt. Daher gilt: »Ein hegemoniales Leitwährungsland kann als weltwirtschaftliche Konjunkturlokomotive agieren.« (Herr 1992, 253)

In der Alternative nationale Hegemonie oder internationale Kooperation kommt zugleich die Blockade, die den Durchbruch zu einem postfordistischen Akkumulationsregime derzeit verhindert, zum Ausdruck. Nationale Hegemonie wird unmöglich, wenn die Modernisierung, deren Produktivitätseffekt die reale Basis monetärer Hegemonie darstellen müsste, nicht von einem einzelnen Land und dessen Währung ausgeht, sondern gerade die Länder umfaßt, deren Währungen um die internationale Leitwährungsfunktion konkurrieren. Eine Kooperation, die dem reformistischen Modernisierungsszenario entsprechen würde, wird somit zur Notwendigkeit; sie wird aber durch den internationalen Standortwettbewerb, der die Modernisierung ermöglicht, verhindert.

## Literatur

- Altwater, E. (1994): Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: *PROKLA* 97, S.517-547.
- Altwater, E.; Mahnkopf, B. (1993): *Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung*, Münster.
- Esser, J. (1994): Die Suche nach dem Primat der Politik, in: Unseld, S. (Hg.): *Politik ohne Projekt? - Nachdenken über Deutschland* Frankfurt/M, S.409-430.
- Hankel, W. (1992): *Dollar und ECU - Leitwährungen im Wettstreit*, Frankfurt/M.
- Heimann, E. (1929): *Soziale Theorie des Kapitalismus*, Frankfurt/M 1980.
- Herr, H. (1992): *Geld, Währungswettbewerb und Währungssysteme*, Frankfurt/New York.
- Hickel, R./Priewe, J. (1994): *Nach dem Fehlstart - Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung*, Frankfurt/M.
- Hirsch, J. (1994): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstat, in: *Das Argument* 203, S.7-21.
- Hirschman, A. O. (1994): Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? In: *Leviathan* 2/94, S.293-304.
- Holloway, J. (1993): Reform des Staates - Globales Kapital und nationaler Staat, in: *PROKLA* 90, S.12-33.
- Huffschnid, J. (1994): Globalisierung oder Blockbildung - Zur Struktur kapitalistischer Internationalisierung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/94, S.1008-1003.
- Jessop, B. (1992): Regulation und Politik, in: Demirovic, A. u.a.: *Hegemonie und Staat*, Münster, S.232-262.
- Krätke, M. (1991): Steuergewalt, Versicherungszwang und ökonomisches Gesetz, in: *PROKLA* 82, S.112-143.
- Kromphardt, J. (1993): Zur Ausgestaltung einer zeitgemäßen Globalsteuerung, in: *WSI-Mitteilungen* 7/93, S.409-415.
- Krüger, S. (1992): Die Schaffung einer neuen Prosperitätskonstellation als Gestaltungsaufgabe der neunziger Jahre, in: Schikora, A. (Hg.): *Politische Ökonomie im Wandel - Festschrift für K.-P. Kisker*, Marburg, S.77-95.
- Krugman, P. (1990): *Rethinking International Trade*, Cambridge/London.
- Lipietz, A. (1992): Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsinter-

- vention, in: Demirovic, A. u.a.: *Hegemonie und Staat*, Münster, S.182-202.
- Marx, K. (1867): *Das Kapital*, Bd. 1, in: *MEW* 23.
- Memorandum (1994): *Wirtschaftsreformen statt Standortparolen*, herausgegeben von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Köln.
- Narr, W.-D.; Schubert, A. (1994): *Weltökonomie - Die Misere der Politik*, Frankfurt/M.
- Nissen, S. (1990) Zwischen lohnarbeitszentrierter Sozialpolitik und sozialer Grundsicherung, in: Vobruba, G. (Hg.): *Strukturwandel der Sozialpolitik*, Frankfurt/M, S.233-299.
- Nolte, D.; Schaaff, H. (1994): Wirtschaft ohne Wachstum? In: *WSI-Mitteilungen* 5/94, S.299-308.
- Reich, R. (1993): *Die neue Weltwirtschaft*, Frankfurt/Berlin.
- Scharpf, F. W. (1993): Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Subventionierung niedrigerer Erwerbseinkommen, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 7/93, S.433-443.
- Schumann, M. u.a. (1994): Rationalisierung im Übergang, in: *WSI-Mitteilungen* 7/94, S.405-425.
- Seifert, H. (1994): Möglichkeiten beschleunigter Arbeitszeitverkürzungen, in: *WSI-Mitteilungen* 6/94, S.370-377.
- SVR (1973/74): *Jahresgutachten*.
- SVR (1993/94): *Jahresgutachten*.
- Thomasberger, C.: (1993): *Europäische Währungsintegration und globale Währungskonkurrenz*, Tübingen.
- Vobruba, G. (1990): Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik in der Krise der Lohnarbeit, in: Ders. (Hg.): *Strukturwandel der Sozialpolitik*, Frankfurt/M, S.11-80.
- Vobruba, G. (1991): *Jenseits der sozialen Fragen*, Frankfurt/M.
- Wagner, A. (1994): Ein zweiter Arbeitsmarkt zur Beschäftigungssicherung? In: Möltenberg, F.-J.; Wittorf, R. (Hg.): *Arbeit ist nicht nur ein Kostenfaktor*, Hamburg, S.36-60.
- Wolf, H. (1994): Rationalisierung und Partizipation, in: *Leviathan* 2/94, S.243-259.